



ENTSCHLIESSUNG ÜBER PRIVATE BETEILIGUNGSKAPITALFONDS UND HEDGE-FONDS

Der vom 20. – 22. Juni 2007 zu seiner 2. Sitzung in Brüssel versammelte Vorstand des IGB

- NIMMT** die massive Zunahme der Investitionen von privaten Beteiligungskapitalfonds und Hedge-Fonds, die negativen Auswirkungen vieler derartiger Investitionen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die mit ihren kurzfristigen, stark fremdfinanzierten Tätigkeiten verbundenen Gefahren für die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Nachhaltigkeit **ZUR KENNTNIS**;
- IST SICH** der umfangreichen Investitionen von Pensionsfonds in Hedge-Fonds und private Beteiligungskapitalfonds sowie der potentiellen Gefahren für die Ruhestandseinkommen von Millionen davon betroffenen Menschen **BEWUSST**;
- VERURTEILT** die Managementkultur vieler privater Beteiligungskapitalfonds und Hedge-Fonds, die so weit wie möglich auf Kostensenkungen abzielen, häufig rentable Unternehmen zerstören und die Löhne, Arbeitsbedingungen und Ansprüche der Beschäftigten aushöhlen, indem sie u.a. Tarifverträge ablehnen, Verhandlungen mit den Gewerkschaften verweigern und Gewerkschaftsmitglieder schikanieren;
- BEDAUERT** die krassen Ungleichheiten infolge der Aktivitäten von privaten Beteiligungskapitalfonds und Hedge-Fonds, ihre Steuerminimierungsstrategien und die Verlagerung des Risikos auf die Arbeitnehmer, die Steuerzahler und die Investoren seitens der Fondsmanager, die selbst praktisch risikolos enorme Summen einstreichen;
- BESTEHT** auf einer angemessenen Regulierung von privaten Beteiligungskapitalfonds und Hedge-Fonds sowie der Unternehmen, die sie von der Börse nehmen, durch die Regierungen und zwischenstaatliche Gremien. Eine solche Regulierung muss Transparenz, finanzielle Stabilität, Besteuerung, Corporate Governance im Sinne einer verantwortungsvollen Unternehmensführung, die Arbeitnehmerrechte sowie den Schutz öffentlicher Dienste und Versorgungsbetriebe umfassen. Es muss von kurzfristigen An- und Verkäufen von Unternehmen abgeschreckt, für die Einhaltung der Berichterstattungsrichtlinien gesorgt, die Verschuldung der Unternehmen begrenzt und sichergestellt werden, dass Steuerlücken geschlossen und private Beteiligungskapitalfirmen sowie aggressive Hedge-Fonds ihren Verpflichtungen als Arbeitgeber nachkommen;

APPELLIERT an die Gewerkschaften auf allen Ebenen, sich für eine Regulierung und ein verantwortungsvolles Verhalten von Hedge-Fonds und privaten Beteiligungskapitalfonds einzusetzen;

FORDERT sämtliche Treuhänder von Pensionsfonds AUF, mit extremer Vorsicht an Investitionen in private Beteiligungskapital- und Hedge-Fonds heranzugehen und, falls eine derartige Investition dennoch in Erwägung gezogen wird, auf Folgendes zu achten: die wirkliche Rentabilität dieser Investitionen, die damit verbundenen Risiken, die vielen eventuell daraus resultierenden negativen Auswirkungen und die direkten oder indirekten Folgen, die sie am Arbeitsplatz für die Anspruchsberechtigten der Pensionssysteme von morgen haben könnten; und

FORDERT
FERNER private Beteiligungskapitalfirmen und Hedge-Fonds AUF, ihre soziale Verantwortung und die Notwendigkeit einer angemessenen Regulierung zu akzeptieren und mit den Gewerkschaftsorganisationen zu verhandeln, die die potentiell von ihren Aktivitäten betroffenen Beschäftigten vertreten. Erforderlich ist ein positiver Ansatz, wie ihn in den letzten Jahren einige Fonds dieser Art verfolgt haben.